



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 075-2024
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2024.RRGR.97

Eingereicht am: 13.03.2024

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Marti (Bern, SP) (Sprecher/in)
Bütikofer (Lyss, SP)
Tanner (Biel/Bienne, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Besorgniserregender Anstieg von antisemitischen, islamfeindlichen und rassistischen Vorfällen auch an Schulen

Seit Ausbruch des Nahostkriegs im Oktober 2023 haben antisemitische, islamfeindliche und rassistische Vorfälle stark zugenommen. Das zeigt sich in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere im öffentlichen Raum, im Internet, in den sozialen Medien und an den Schulen. Alle Bereiche der Gesellschaft sind herausgefordert, dezidiert Stellung zu nehmen und aktiv Massnahmen gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus zu ergreifen. Das gilt insbesondere auch für die Volksschulen und die Schulen der Sekundarstufe II, die für diese herausfordernde Aufgabe einen koordinierenden und fachlichen Support des Kantons benötigen. Aus aktuellem Anlass ist dieser zu erhöhen, um einer weiteren Eskalationsspirale etwas entgegenzusetzen. Schon bestehende Massnahmen müssen verstärkt und gezielt ergänzt werden. Ein Monitoring der Vorfälle, eine dezidierte und vernehmbare Haltung der Nulltoleranz von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus, Unterstützung durch Fachstellen, Aufarbeitung von Vorfällen und insbesondere Sensibilisierung und Prävention sind einige Stichworte dazu.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie nimmt die Regierung die Situation wahr? Hat sie Kenntnis über das Ausmass der Vorfälle von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus an den Schulen (selbst registriert, gemeldet von Schulen oder durch andere Organisationen wie z. B. den SIG)?
2. Ist die Regierung bereit, dezidiert und verstärkt gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus an den Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe II vorzugehen?
3. Welche konkreten Massnahmen wurden aufgrund der aktuellen Nahostkrise, in deren Zusammenhang der Anstieg von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus stehen, bereits getroffen?

4. Welche weiteren Massnahmen sind geplant?
5. Im Oktober 2023 hat der damalige Bundespräsident Alain Berset den kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren Unterstützung angeboten, um die Schulen zu stärken, sich bezüglich Antisemitismus und Rassismus verstärkt zu engagieren. Ist diese Unterstützung erfolgt und in welcher Form? Hat der Kanton Bern diese in Anspruch genommen?¹

Verteiler

- Grosser Rat

¹ https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/dokumentation/stellungnahme_nzzas.html